

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. Der elektronisch überwachte Hausarrest – ein Reizthema	1
2. Erkenntnisinteresse und Ziel der Untersuchung	2
3. Aufbau und Methodik der Untersuchung	3

Kapitel 1: Tatsächliche Grundlagen der elektronischen Überwachung

1. Begriffsbestimmung	5
1.1. Begriff des Hausarrestes	5
1.2. Die elektronische Überwachung	7
1.3. Definition	8
2. Zielvorstellungen und ihre Realisierung	9
2.1. Ziele	9
2.2. Net-Widening als Hindernis zur Zielverwirklichung	10
3. Einsatzmöglichkeiten	13
3.1. Abgrenzung frontdoor/backdoor-system	14
3.2. Rechtlicher Rahmen	15
3.3. Überschneidungen mit anderen Alternativen	15
3.4. Allgemeine Teilnahme- und Durchführungskriterien	16
3.5. Profil der Zielgruppen	17
4. Technik	19
4.1. Die Technik der ersten Generation	19
4.2. Die Technik der zweiten Generation	22
4.3. Die Technik der dritten Generation	23
5. Historische Entwicklung	24
5.1. Der Hausarrest im geschichtlichen Überblick	25
5.2. Die Entwicklung der elektronischen Überwachung	27
5.2.1. Elektronische Verhaltenskontrolle durch Schwitzgebels Apparat	27
5.2.2. Jack Love meets Spiderman	29
5.2.3. Die Verbreitung in den Vereinigten Staaten	30
5.2.4. Der Vormarsch der elektronischen Überwachung	32
5.2.4.1. Die Entwicklung in Übersee	32
5.2.4.2. Die Entwicklung in Europa	34

Kapitel 2: Die elektronische Überwachung in Schweden

1. Vorbemerkung	41
2. Überblick über das bestehende Sanktionensystem und die Regelung der Strafzumessung	42
2.1. Das Sanktionensystem	43

2.1.1. Die Geldstrafe	44
2.1.2. Die Bewährungsanktionen	45
2.1.1.1. Die bedingte Verurteilung	45
2.1.1.2. Die Schutzauksicht	46
2.1.2. Das Gefängnis	48
2.1.2.1. Der Freiheitsentzug als ultima ratio	48
2.1.2.2. Die kurze Gefängnisstrafe	49
2.1.2.3. Die zeitige Gefängnisstrafe	51
2.1.2.4. Die lebenslange Gefängnisstrafe	51
2.1.2.5. Die Ersatzfreiheitsstrafe	52
2.2. Die Strafzumessung	53
2.2.1. Strafbemessung und Sanktionswahl	54
2.2.2. Gefängnis aufgrund der „Art des Deliktes“	55
2.2.3. Rückfälligkeit des Täters	57
3. Das Strafvollzugswesen	57
3.2. Die Organisation des Strafvollzugswesens	57
3.3. Ziele und Aufgaben im Strafvollzugswesen	60
3.3.2. Der Anstaltsvollzug	60
3.3.3. Die Bewährungshilfe	61
3.4. Der Vollzug von Gefängnisstrafen	62
3.4.2. Der Anstaltsvollzug	63
3.4.2.1. Aktivitäten während des Vollzuges	63
3.4.2.2. Lockerungen des Strafvollzuges	64
3.4.3. Intensivüberwachung mit elektronischer Kontrolle	67
3.5. Die bedingt vorzeitige Entlassung	67
3.5.2. Die Regelung seit dem 1. Januar 1999	68
3.5.3. Auswirkungen der Reform auf die Anstaltsbelegung	69
3.5.4. Erprobung der Intensivüberwachung im Rahmen der bedingt vorzeitigen Entlassung	70
3.6. Die Bewährungshilfe	71
4. Die Trunkenheit im Straßenverkehr	73
4.2. Die Reformtätigkeit in den 90er Jahren	73
4.3. Charakteristika der schweren Trunkenheitstäter	75
4.4. Die Auswirkungen der Reformen	76
5. Der kriminalpolitische Entstehungsprozess der Intensivüberwachung	79
5.2. Der Sundsvall-Versuch	80
5.3. Das Gutachten „Untersuchungshaft und Festnahme“	82
5.4. Das Gutachten „Verurteilung zur Aufsicht“	83
5.5. Der Bericht „Neues Strafsystem“	86
5.6. Das Gutachten „Bewährungsanktionen“	87

5.6. Das Gutachten „Sanktionsfragen“	90
5.7. Die Diskussionsschrift „Intensivüberwachung mit Hausarrest“	91
5.7.1. Intensivüberwachung als Sanktion	92
5.7.2. Intensivüberwachung als Strafvollzugsform	93
5.8. Das Gutachten „Reaktion gegen Jugendkriminalität“	94
5.9. Das Gutachten „Ein reformiertes Strafsystem“	95
5.10. Zusammenfassung	96
6. Die Motive für die Einführung der Intensivüberwachung mit elektronischer Kontrolle	99
6.1. Die Gründe für das erste territorial begrenzte Versuchsprojekt	99
6.1.1. Die Kriminalitätsentwicklung	100
6.1.2. Die Kapazitätsentwicklung in den Strafanstalten	102
6.1.3. Die Entwicklung der Entscheidungen	105
6.1.4. Die Entwicklung der Gefängnisstrafen bei Trunkenheit im Straßenverkehr	108
6.1.5. Kritische Stimmen zur Intensivüberwachung	110
6.2. Die Gründe für die Ausweitung des Modellversuches	112
6.2.1. Die Kriminalitätsentwicklung	114
6.2.2. Die Kapazitätsentwicklung in den Strafanstalten	115
6.2.3. Die Entwicklung der Entscheidungen	117
6.2.4. Die Entwicklung der Gefängnisstrafen bei schwerer Trunkenheit im Straßenverkehr	120
6.2.5. Die Entwicklung der Intensivüberwachung	122
7. Die rechtliche Regelung und Praxis der Intensivüberwachung	123
7.1. Begriff	124
7.2. Strafvollzugsform	124
7.3. Anwendungsbereich	125
7.4. Teilnahmebedingungen	126
7.5. Ablauf des Antragsverfahrens	127
7.6. Beginn der Intensivüberwachung	130
7.7. Vollzug der Intensivüberwachung	131
7.8. Reaktion auf Pflichtverletzungen	134
7.9. Veränderungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen der Bewährungshilfe	135
8. Empirische Ergebnisse	136
8.1. Die erste, geographisch begrenzte Versuchsperiode	136
8.2. Die zweite, auf ganz Schweden ausgedehnte Versuchsperiode ab 1.1.1997	139
8.2.1. Die Implementierung der Intensivüberwachung	139
8.2.2. Auswahlfaktoren	140
8.2.3. Ursachen für das Absehen oder die Ablehnung von Anträgen	141

8.2.4. Der Vollzug zu Hause	143
8.2.5. Verstöße gegen das Programm	144
8.2.6. Rückfall	145
8.2.7. Net-Widening	146
8.2.8. Die Tätigkeit der Bewährungshilfe	148
8.2.9. Die Sicht der Verurteilten und der Haushaltsangehörigen	150
8.2.9.1. Die Erfahrungen der Verurteilten	150
8.2.9.2. Die Erfahrungen der Haushaltsangehörigen	151
8.2.10. Kosten der Intensivüberwachung	152
9. Zusammenfassung und Zukunftsperspektiven	154

Kapitel 3: Die elektronische Überwachung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Kriminalpolitischer Vorspann	159
2. Die kriminalpolitische Entwicklung der elektronischen Überwachung	161
3. Der Diskurs um die elektronische Überwachung	164
3.1. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung	165
3.2. Die Debatte in der Öffentlichkeit	168
4. Die rechtliche Verankerung der elektronischen Überwachung	170
4.1. Die elektronische Überwachung im Hinblick auf die allgemeinen Strafzwecke	170
4.1.1. Historische Grundzüge der Straftheorien	171
4.1.2. Überblick über die Straftheorien	175
4.1.2.1. Absolute Straftheorien	176
4.1.2.2. Relative Straftheorien	177
4.1.2.3. Vereinigungstheorien	179
4.1.3. Die Strafzwecke in Bezug auf die elektronische Überwachung	179
4.2. Verfassungsrechtliche Problemkreise	182
4.2.1. Die Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13 GG	182
4.2.2. Das Fernmeldegeheimnis, Art. 10 GG	183
4.2.3. Die Freizügigkeit, Art. 11 GG	184
4.2.4. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz, Art. 3 Abs. 1 GG	184
4.2.5. Die persönliche Freiheit, Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG	185
4.2.6. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	188
4.2.7. Die Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	190
4.2.7.1. Das Verbot der Selbstbezüglichung	190
4.2.7.2. Das Verbot entwürdigender und unmenschlicher Bestrafung	191
4.3. Die Einführung nach geltendem Recht (de lege lata)	193
4.3.1. Die Aussetzung des Haftbefehls gem. § 116 stop	194
4.3.2. Die Weisung nach § 56 c StGB	196

4.3.3. Die Führungsaufsicht	199
4.3.3.1. Die Führungsaufsicht nach §§ 68 ff. StGB	200
4.3.3.2. Die Führungsaufsicht kraft Gesetzes	201
4.3.4. Die Aussetzung des Strafrestes, § 57 StGB	203
4.4. Die Einführung nach einer Gesetzesänderung (de lege ferenda)	204
4.4.1. Eigenständige Sanktion	204
4.4.2. Strafvollzugsform	205
5. Zusammenfassung	207

Kapitel 4: Konzeption und Durchführung der empirischen Studien

1. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	211
2. Theoretische Vorüberlegungen	212
3. Methodisches Vorgehen	213
4. Die schriftlichen Befragungen	215
4.1. Die Konzeption der Erhebungsinstrumente	215
4.2. Die schriftliche Befragung in Niedersachsen	218
4.2.1. Die forschungsleitenden Ziele und Fragen	218
4.2.2. Die Auswahl und Beschreibung der Befragten	224
4.2.3. Das Erhebungsinstrument	226
4.2.4. Der Ablauf der Datenerfassung	227
4.3. Die schriftliche Befragung in Schweden	228
4.3.1. Die forschungsleitenden Ziele und Fragen	228
4.3.2. Die Auswahl und Beschreibung der Befragten	232
4.3.3. Das Erhebungsinstrument	233
4.3.4. Der Ablauf der Datenerfassung	234
5. Der Vergleich der schriftlichen Befragungen in Niedersachsen und in Schweden	236
5.1. Die forschungsleitenden Ziele und Fragen	236
5.2. Der Vergleich der Datensätze	240
5.3. Sozio-demographische Vergleichsdaten für Niedersachsen und Schweden	243
6. Die Auswertung der Daten	244
7. Zusammenfassung	247

Kapitel 5: Die Ergebnisse der Untersuchung in Niedersachsen

1. Die Beschreibung der befragten Berufsgruppen	249
2. Der Informationsstand der Befragten	254
2.1. Die genutzten Informationsquellen	254
2.2. Der Informationsgehalt der Medien	256
3. Die grundsätzliche Anwendbarkeit der elektronischen Überwachung in Deutschland	259

3.1. Einstellung zur Anwendbarkeit nach Geschlecht	260
3.2. Einstellung zur Anwendbarkeit nach Alter und Beschäftigungsdauer	261
3.3. Einstellung zur Anwendbarkeit nach benutzten Informationsquellen	263
3.4. Einstellung zur Anwendbarkeit nach den Berufsgruppen	265
4. Die Einfügung der elektronischen Überwachung in die Strafrechtssystematik	266
5. Die Anwendung anstelle nicht freiheitsentziehender Sanktionen (net-widening)	268
6. Der Einsatz zur Vermeidung einer Freiheitsstrafe (frontdoor)	270
6.1. Zielsetzung	270
6.2. Konkrete Anwendungsbereiche	271
6.2.1. Untersuchungshaft	271
6.2.2. Ersatzfreiheitsstrafe	273
6.2.3. Widerruf einer bedingten Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten	274
6.2.4. Widerruf einer bedingten Freiheitsstrafe über sechs Monate bis zu zwei Jahren	275
6.2.5. Unbedingte Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten	276
6.2.6. Unbedingte Freiheitsstrafe über sechs Monate	277
6.3. Zusammenfassung	278
7. Die Anwendung während (indoor) oder nach dem stationären Vollzug (backdoor)	280
7.1. Der Einsatz während des Vollzugs	280
7.1.1. Allgemeine Anwendung	281
7.1.2. Die Anwendungsgebiete	282
7.2. Die Anwendung nach der vorzeitigen Entlassung	283
7.2.1. Allgemeine Anwendung im Rahmen der Strafrestaussetzung	283
7.2.2. Die Anwendungsbereiche	284
7.2.2.1. Anwendung nach Verbüßung der Hälfte bis sechs Monate	284
7.2.2.2. Anwendung nach Verbüßung der Hälfte über sechs Monate	285
7.2.2.3. Anwendung nach Zweidrittel-Verbüßung bis sechs Monate	287
7.2.2.4. Anwendung nach Zweidrittel-Verbüßung über sechs Monate	287
7.3. Zusammenfassung	288
8. Das Profil der Zielgruppe für die elektronische Überwachung	291
8.1. Zielgruppen	292
8.1.1. Obdachlose	292
8.1.2. Jugendliche	292
8.1.3. Ältere, körperlich behinderte und chronisch kranke Straftäter	293
8.1.4. Schwangere, Mütter und Alleinerziehende	294
8.1.5. Betäubungsmittelabhängige und Alkoholtäter	295
8.1.6. Gewalttätige Straftäter, Mehrfach- und Sexualstraftäter	297
8.1.7. Zusammenfassung	298

8.2. Die Kriminalitätsfelder	300
8.2.1. Bagatell-, Straßenverkehrskriminalität, mittlere Kriminalität	300
8.2.2. Wirtschaftskriminalität	301
8.2.3. Schwere, organisierte Kriminalität, Betäubungsmittelkriminalität	301
8.2.4. Zusammenfassung	302
8.3. Praktische Voraussetzungen der elektronischen Überwachung	303
8.4. Zusammenfassung	304
9. Die Durchführung der elektronischen Überwachung	305
9.1. Begleitmaßnahmen	305
9.2. Das Durchführungsorgan	308
9.3. Vertrauen in die Technik	311
9.4. Reaktionen auf Verstöße gegen das Programm	312
9.4.1. Einfache Verstöße	312
9.4.2. Schwere Verstöße	313
9.4.3. Wiederholte Verstöße	314
9.5. Einführung eines neuen Straftatbestands	315
10. Die Vorteile und die Nachteile	316
10.1. Die Vorteile für die Gesellschaft	317
10.1.1. Reduzierung der Gefängniskosten und der Gefängnisüberfüllung	317
10.1.2. Entlastung der Bewährungshilfe, Abschreckung des Täters, engere Überwachung als bei der Bewährungshilfe, flexible Reaktion	318
10.2. Die Nachteile für die Gesellschaft	320
10.2.1. Zu milde Sanktion, Sicherheitsinteressen beeinträchtigt, mögliche Begehung weiterer Straftaten	320
10.2.2. Ethisch unverantwortliche Strafe, Strafverschärfung, Entwicklung zum Überwachungsstaat	323
10.2.3. Konservative und liberale Einstellungen	326
10.3. Die Vorteile für den Überwachten	330
10.4. Die Nachteile für den Überwachten	332
10.5. Zusammenfassung	334
11. Allgemeine Aspekte der elektronischen Überwachung	335
11.1. Die psychische Belastung für den Überwachten und die Mitbewohner	335
11.2. Zustimmungs- und Informationserfordernisse	337
11.3. Eingriffe in Grundrechte des Überwachten	338
11.4. Vermeidung von Rückfälligkeit	340
11.5. Schwere der elektronischen Überwachung	341
12. Realisierungschancen der elektronischen Überwachung	344
13. Die Einschätzung der elektronischen Überwachung	344
14. Zusammenfassung der Ergebnisse	347

Kapitel 6: Die Ergebnisse der Untersuchung in Schweden

1. Die Beschreibung der Befragtenpopulation	355
2. Der Erfolg der Intensivüberwachung mit elektronischer Kontrolle	361
3. Die Einfügung in die Strafrechtssystematik	363
4. Die Anwendung anstelle nicht freiheitsentziehender Sanktionen (net-widening)	365
5. Die Anwendung in Verbindung mit nicht freiheitsentziehenden Sanktionen	368
6. Der Einsatz zur Vermeidung einer Gefängnisstrafe (frontdoor)	372
6.1. Zielsetzung	372
6.2. Konkrete Anwendungsgebiete	373
6.2.1. Untersuchungshaft	373
6.2.2. Ersatzfreiheitsstrafe	374
6.2.3. Widerruf der bedingten Verurteilung und der Schutzauufsicht	374
6.2.4. Schutzauufsicht mit Gefängnisstrafe	376
6.2.5. Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten	376
6.2.6. Gefängnisstrafen über sechs Monate	378
6.3. Zusammenfassung	378
7. Die Anwendung während oder nach dem stationären Vollzug	380
7.1. Einsatz der Intensivüberwachung während des Vollzugs	380
7.1.1. Allgemeine Anwendung	380
7.1.2. Die konkreten Anwendungsbereiche	381
7.1.2.1. Freigang	381
7.1.2.2. Aufenthalt außerhalb einer Anstalt	382
7.1.2.3. Ausgang und Hafturlaub	382
7.1.2.4. Urlaub, Ausgang, Ausführung aus wichtigem Anlass	383
7.1.2.5. Entlassungsurlaub	384
7.1.3. Zusammenfassung	384
7.2. Anwendung nach der Entlassung	386
7.2.1. Allgemeine Anwendung	386
7.2.2. Die konkreten Anwendungsbereiche	387
7.2.2.1. Halbzeitentlassung bis zu drei Monaten	387
7.2.2.2. Halbzeitentlassung über sechs Monate	387
7.2.2.3. Zweidrittelentlassung bis zu drei Monaten	388
7.2.2.4. Zweidrittelentlassung über sechs Monate	389
7.2.3. Zusammenfassung	390
8. Das Profil der Zielgruppe	391
8.1. Zielgruppen zur Vermeidung von Freiheitsentzug (frontdoor)	392
8.1.1. Obdachlose	392
8.1.2. Jugendliche	392
8.1.3. Ältere, körperlich behinderte und chronisch kranke Straftäter	393

8.1.4. Schwangere, Mütter und Alleinerziehende	393
8.1.5. Betäubungsmittel- und Alkoholabhängige	394
8.1.6. Gewalt-, Rückfall- und Sexualtäter	396
8.1.7. Zusammenfassung	398
8.2. Zielgruppen nach dem Vollzug (backdoor)	399
8.2.1. Obdachlose	399
8.2.2. Jugendliche	400
8.2.3. Ältere, behinderte und chronisch kranke Straftäter	400
8.2.4. Schwangere, Mütter und Alleinerziehende	401
8.2.5. Betäubungsmittel- und Alkoholabhängige	401
8.2.6. Gewalt-, Rückfall- und Sexualstraftäter	403
8.2.7. Zusammenfassung	405
8.3. Kriminalitätsfelder	406
8.3.1. Bagatell-, Wirtschafts-, Straßenverkehrskriminalität und mittlere Kriminalität	406
8.3.2. Schwere und organisierte Kriminalität, Drogenkriminalität	408
8.4. Praktische Voraussetzungen der Intensivüberwachung	410
8.5. Zusammenfassung	410
9. Die Durchführung der Intensivüberwachung	411
9.1. Begleitmaßnahmen	411
9.2. Das Durchführungsorgan	414
9.3. Vertrauen in die Technik	416
9.4. Reaktionen auf Verstöße gegen das Programm	417
9.4.1. Einfache Verstöße	417
9.4.2. Schwere Verstöße	418
9.4.3. Wiederholte Verstöße	419
9.4.4. Zusammenfassung	419
9.5. Einführung eines neuen Straftatbestands	420
10. Die Vorteile und die Nachteile	421
10.1. Die Vorteile für die Gesellschaft	421
10.2. Die Nachteile für die Gesellschaft	423
10.3. Die Vorteile für das Individuum	426
10.4. Die Nachteile für das Individuum	428
11. Allgemeine Aspekte der Intensivüberwachung	429
11.1. Die psychische Belastung für den Überwachten und die Mitbewohner	429
11.2. Zustimmung- und Informationserfordernisse	429
11.3. Eingriffe in Rechte des Überwachten	431
11.4. Vermeidung von Rückfälligkeit	432
11.5. Schwere der Intensivüberwachung	433
12. Die Einschätzung der Intensivüberwachung	436

12.1. Gründe für den Erfolg des Versuchsprojektes	436
12.1.1. Klienten	436
12.1.2. Durchführung	438
12.1.3. Technik	438
12.1.4. Gesellschaft	438
12.1.5. Vollzugsalternative	438
12.1.6. Nachteile trotz erfolgreichen Verlaufs	439
12.2. Verbesserungsvorschläge	439
12.2.1. Technik	439
12.2.2. Durchführung	440
12.2.3. Nach Abschluss der Intensivüberwachung	442
12.2.4. Durchführungsorgan	442
12.2.5. Ressourcen	443
12.2.6. Reformen	443
12.2.7. Evaluation und Sonstiges	444
12.3. Gründe für die Ablehnung des Versuchsprojektes	444
13. Zusammenfassung der Ergebnisse	446

Kapitel 7: Der Vergleich der Ergebnisse in Niedersachsen und in Schweden

1. Die befragten Berufsgruppen	453
2. Die grundsätzliche Einstellung zur elektronischen Überwachung	457
3. Die Einfügung in die Strafrechtssystematik	460
4. Die Anwendung anstelle nicht freiheitsentziehender Sanktionen	463
5. Der Einsatz zur Vermeidung von Freiheitsentzug (frontdoor)	465
5.1. Zielsetzung	465
5.2. Einzelne Anwendungsbereiche	465
6. Die Anwendung während oder nach dem stationären Vollzug	468
6.1. Einsatz während des Vollzugs	468
6.2. Einsatz nach dem Vollzug	470
7. Das Profil der Zielgruppe	476
7.1. Zielgruppen	476
7.2. Kriminalitätsfelder	479
7.3. Praktische Voraussetzungen	481
7.4. Zusammenfassung	482
8. Die Durchführung der elektronischen Überwachung	483
8.1. Begleitmaßnahmen	483
8.2. Das Durchführungsorgan	486
8.3. Vertrauen in die Technik	488
8.4. Reaktionen auf Verstöße gegen das Programm	489
8.4.1. Leichte Verstöße	489

8.4.2. Schwere Verstöße	490
8.4.3. Wiederholte Verstöße	491
8.5. Einführung eines neuen Straftatbestands	492
9. Die Vorteile und die Nachteile	492
9.1. Die Vorteile für die Gesellschaft	492
9.2. Die Nachteile für die Gesellschaft	494
9.3. Die Vorteile für den Überwachten	496
9.4. Die Nachteile für den Überwachten	497
10. Allgemeine Aspekte der elektronischen Überwachung	498
10.1. Die psychische Belastung für den Überwachten und die Mitbewohner	498
10.2. Zustimmungs- und Informationserfordernisse	499
10.3. Eingriffe in Grundrechte des Überwachten	501
10.4. Vermeidung von Rückfälligkeit	503
10.5. Schwere der elektronischen Überwachung	503
11. Zusammenfassung der Ergebnisse	504

Kapitel 8: Schlussfolgerungen

1. Grundsätzliche Anwendbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland	513
2. Zielsetzung und Erwartungen	516
3. Einführung in das Straf- und Vollzugsgefüge	517
4. Anwendungsbereiche	519
4.1. Vermeidung von stationärem Freiheitsentzug (frontdoor)	519
4.1.1. Untersuchungshaft	519
4.1.2. Ersatzfreiheitsstrafe	520
4.1.3. Bewährungswiderruf	521
4.1.4. Kurze Freiheitsstrafen	522
4.1.5. Zusammenfassung	522
4.2. Haftverkürzung (backdoor)	523
5. Das Profil der Zielgruppe	524
5.1. Der offene Vollzug (frontdoor)	525
5.2. Der geschlossene Vollzug (backdoor)	527
6. Die Durchführung der elektronischen Überwachung	529
6.1. Durchführungsträger	529
6.2. Die Durchführung	532
6.2.1. Antrag	532
6.2.2. Teilnahmebedingungen	532
6.2.3. Antragsverfahren	533
6.2.4. Begleitmaßnahmen	534
6.2.5. Technik	537
6.2.6. Ausgestaltung des Vollzugs zu Hause	538

6.2.7. Reaktionen auf Verstöße gegen Weisungen	539
7. Zusammenfassung	541
Kapitel 9: Zusammenfassung	
1. Entwicklung des elektronisch überwachten Hausarrestes	543
2. Die elektronische Überwachung in Schweden und in Deutschland	544
3. Methodik der empirischen Studien in Niedersachsen und Schweden	545
4. Ergebnisse der Studie in Niedersachsen	546
5. Ergebnisse der Studie in Schweden	548
6. Der Vergleich der Ergebnisse	550
7. Stellungnahme	553
Literaturverzeichnis	555
Abkürzungsverzeichnis	589
Verzeichnis der Schaubilder	593
Verzeichnis der Tabellen	595
Fragebogen Niedersachsen	599
Fragebogen Schweden	611